

Näher an der Politik

KZVB und ZBV Niederbayern luden Abgeordnete zum Empfang

Wie können die bayerischen Zahnärzte die flächendeckende wohnortnahe Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen? Diese Frage diskutierten die niederbayerischen Zahnärzte Mitte August mit ihren Bundes- und Landtagsabgeordneten in Straubing.

Die KZVB-Bezirksstelle und der Zahnärztliche Bezirksverband (ZBV) Niederbayern nahmen das Straubinger Gäubodenfest – mit 1,2 Millionen Besuchern Bayerns zweitgrößtes Volksfest – zum Anlass, um mit den politischen Vertretern der Region Ostbayern ins Gespräch zu kommen. Sie luden die Abgeordneten zu einem Empfang in die KZVB-Bezirksstelle ein. Hauptredner war der Vorsitzende des Vorstands der KZVB, Dr. Janusz Rat. Er erklärte den Politikern, dass die wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung nur sicherzustellen ist, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zähle eine angemessene Honorierung zahnmedizinischer Leistungen. Der Berufsstand erwarte eine adäquate Anpassung der privaten Gebührenordnung (GOZ), die das Leistungsgeschehen und den zahnmedizinischen Fortschritt abbilde. Denkbar seien auch finanzielle Anreize, um die Niederlassung in unterversorgten Kommunen attraktiver zu machen. Eine große Herausforderung sei die Feminisierung des Berufsstandes. „Ob sich Zahnärztin-



ZBV-Vorsitzender Dr. Peter Maier (links) und Bezirksstellenvorsitzender Ernst Binner hatten anlässlich des Straubinger Gäubodenfestes die ostbayerischen Abgeordneten zu einem Empfang eingeladen. Die Freien Wähler waren durch die Landshuter Abgeordnete Jutta Widmann vertreten.

nen in einer ländlichen Region niederlassen, hängt auch davon ab, ob ein Kindergarten und Schulen in der Nähe der Praxis sind“, sagte Rat. Er brachte ferner eine Regionalquote bei der Vergabe von Studienplätzen ins Gespräch. „Eine Studentin aus Niederbayern wird sich vermutlich eher in ihrer Heimat Niederbayern niederlassen wollen als anderswo. Hier muss man Anreize schaffen“, forderte Rat. Im Gegenzug sollten sich die jungen Zahnärztinnen und Zahnärzte verpflichten, längere Zeit im ländlichen Raum zu praktizieren.

Zusatzbeitrag verschärft Budgetprobleme

Rat wies die Politiker auch auf die durch Mitgliederwanderungen verschärften Budgetprobleme hin. Durch Einheits- und Zusatzbeiträge wechselten viele Versicherte aus dem Ersatzkassen- in den Primärkassenbereich. Die damit einhergehenden niedrigeren Pro-Kopf-Beträge verschärften die Unterfinanzierung der Zahnmedizin. „Hätten wir heute ein Gesamtbudget über alle Krankenkassen, gäbe es keine Budgetprobleme und somit auch keine Puffertage“, sagte Rat. Für die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sei eindeutig nicht die Zahnärzteschaft verantwortlich, so Rat. Der Anteil der Zahnmedizin an den Gesamtausgaben der Krankenkassen sei seit Jahren rückläufig. „Trotz eines steigenden Behandlungsbedarfs in einer älter wer-



Fotos: KZVB

KZVB-Chef Dr. Janusz Rat war Hauptredner beim politischen Empfang, zu dem die niederbayerischen Zahnärzte anlässlich des Gäubodenvolksfestes in Straubing eingeladen hatten.



MdB Max Straubinger (CSU) erneuerte beim politischen Empfang der niederbayerischen Zahnärzte seine Kritik am Gesundheitsfonds.

denden Gesellschaft sorgen wir Zahnärzte dafür, dass die Ausgaben der Krankenkassen für unsere Leistungen nicht explodieren“, betonte Rat.

Max Straubinger, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Rottal-Inn/Dingolfing-Landau und arbeits-, sozial- und familienpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, stimmte mit Rat überein, dass der Gesundheitsfonds ein Fehlkonstrukt sei. Straubinger, der 2007 gegen die Einführung des Fonds stimmte, erklärte, dass der Wettbewerb unter den Krankenkassen anders gemeint gewesen sei. Man habe einen Qualitätswettbewerb gewollt, keinen Preiswettbewerb. Dass Mitglieder ihre Krankenkassen nun aber wegen Zusatzbeiträgen wechseln, sei nicht im Sinne einer guten Versorgung. „Ich werde weiterhin dafür kämpfen, dass die Krankenkassen ihre Finanzhoheit zurückbekommen.“ Der Politiker ging auch auf die neue GOZ ein. „Ich denke, das ist ein kleiner



Der Regensburger Landtagsabgeordnete Dr. Franz Rieger (CSU) bezweifelte, dass die Universitäten Regionalquoten für Studierende der Zahnmedizin einführen werden.



Der Straubinger Landtagsabgeordnete Josef Zellmeier (CSU) kritisierte wie seine Landshuter Kollegin Jutta Widmann die hohen Verwaltungsausgaben der Krankenkassen.

Fortschritt, auch wenn das aus Sicht der Zahnärzteschaft sicher unzureichend ist.“ Straubinger meinte außerdem, dass das Ende der Budgettierung, wie sie das Bundeskabinett mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz verabschiedet hat, „die Situation insgesamt verbessern werde“. Der Bundestagsabgeordnete lobte die bayerischen Zahnärzte für die „großartigen Präventionserfolge“ und bedankte sich für die geleistete Arbeit. Er versprach abschließend: „Ich werde weiterhin die berechtigten Ansprüche der Zahnärzteschaft auf Bundesebene vertreten.“ Der Straubinger Landtagsabgeordnete Josef Zellmeier (CSU) kritisierte genauso wie seine Landshuter Kollegin Jutta Widmann (Freie Wähler) die hohen Verwaltungskosten der Krankenkassen. Offensichtlich hätten die Fusionen nicht zu den gewünschten Synergieeffekten geführt. Der Regensburger Landtagsabgeordnete Dr. Franz Rieger (CSU) ging auf das Thema regionale Quoten für Studienplätze ein. Er bezweifelte, dass die Universitäten dazu bereit seien. Sie fürchteten mögliche Klagen abgewiesener Bewerber. Außerdem sei der Verwaltungsaufwand sehr hoch.

Die Politiker waren sich darin einig, dass die Sicherstellung einer flächendeckenden, zahnmedizinischen Versorgung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist. Ernst Binner lobte in seinem Schlusswort die anwesenden Kolleginnen aus der Region, die ein Beweis dafür seien, dass man freiberufliche Tätigkeit und Familie sehr gut unter einen Hut bekommen könne. Bei einem gemeinsamen Mittagessen im Festzelt setzten die Zahnärzte und die Politiker ihren Gedankenaustausch fort.